

Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft: Wirtschaft, Arbeitswelt und Recht, Privatisierung und Patentierung von Wissen"

Einführungsstatement zur Öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" am 8. 10. 2001

von Dr. Carsten Kreklau,
Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Abgeordnete,
meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich versuchen, den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und seine Konsequenzen in 10 Thesen zu beschreiben:

1. Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft bedeutet sicher nicht den Abschied von industriellen Produktionsweisen, die ich in aller Kürze mit den Stichworten "hochgradige Arbeitsteilung" und "hochgradige Standardisierung der Produktionsverfahren und Produkte" kennzeichnen möchte. Man könnte andere Begriffe wie Massenfertigung etc. anfügen.

Was sich vielmehr verändert, ist das Gewicht der einzelnen Produktionsfaktoren. Information und Wissen und damit eine besondere Form des Humankapitals gewinnt gegenüber anderen Produktionsfaktoren wie Kapital, Rohstoffen und Boden oder menschlicher Muskelkraft die entscheidende Bedeutung. Zum Teil ist dies mit der wachsenden Bedeutung von Dienstleistungen verknüpft – mit Informations-, aber auch anderen Serviceleistungen. Reine Produkthersteller werden zu Anbietern komplexer Problemlösungen mit einem hohen Dienstleistungs- und Wissensanteil. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) gibt an, dass seine Unternehmen bereits ein Zehntel ihres Umsatzes (13 Mrd. €) mit Dienstleistungen von der anlagenbezogenen Beratung, Installation und Wartung über rechtliches, steuerliches und finanzielles "Engineering" bis hin zu Forschung und Entwicklung, IT- und Kommunikationsmanagement und Controlling hereinholen.

Traditionsreiche Industrieunternehmen auch aus anderen Branchen ergänzen systematisch ihre Angebotspaletten um produktbegleitende Dienstleistungen. Die DaimlerChrysler AG produziert längst nicht mehr nur Personenwagen und Nutzfahrzeuge. Sie bietet daneben die komplette Palette von Dienstleistungen rund um das Auto an und hat sich damit zu einem weltweit führenden Dienstleister der automobilen Wertschöpfungskette positioniert. Die Thyssen Krupp AG hat ihre traditionsreiche Stahlerzeugung systematisch um eine breite Palette an industriellen Dienstleistungen erweitert.

Die zunehmende Digitalisierung von Informationen und die wachsende Durchdringung aller Lebens- und Arbeitsbereiche mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken führen zu fluideren Strukturen bis hin zu „fluideren“ Arbeitsplätzen. Telearbeit nimmt zu, der Vollerwerbsarbeitsplatz verliert langfristig an Bedeutung.

2. Die gewachsene Bedeutung lässt Wissen jedoch nicht nur als entscheidenden Produktionsfaktor erscheinen, sondern gibt ihm in der Wertschöpfungskette auch viel stärker Produktionscharakter. Meine zweite These lautet: Wissen wird neben seiner Funktion als Produktionsfaktor auch als Gegenstand der Produktion in der Dienstleistungsgesellschaft immer wichtiger.

In der Biotechnologie sind zum Beispiel reine Forschungsunternehmen (Venter) entstanden, die zeigen, dass Forschung in sehr dynamischen Feldern privatwirtschaftlich organisiert erfolgreicher sein

kann als öffentlich organisierte Forschung. Auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung ist die private Organisation von Wissensunternehmen im vollen Gange. Nicht nur große Wirtschaftsunternehmen wie DaimlerChrysler, Lufthansa, Allianz oder BASF legen sich Firmenuniversitäten zu. Auch aus dem öffentlichen Hochschulbereich heraus entstehen private Neugründungen, wie zum Beispiel in Bremen. Amerikanische Hochschulen drängen unter großem Kapitaleinsatz auf den deutschen Weiterbildungsmarkt. Zum Teil sind diese Vorgänge mit der Entwicklung neuer Medien eng verknüpft, wie das Beispiel Bertelsmann zeigt.

3. Wenn Wissen oder Information zum entscheidenden Produktionsfaktor bzw. verstärkt zum Produkt wird, müssen Unternehmen wie andere Institutionen mit dieser Ressource bewusster umgehen und ihre Nutzung neu organisieren. Daraus ergibt sich meine dritte These:

Die immens gestiegene ökonomische Bedeutung von Wissen erfordert eine sorgfältigere Bewirtschaftung des Wissens.

4. Die Globalisierung verstärkt diese Erfordernis. Das ist meine vierte These:

Durch den Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken werden Wissensproduktion und Vermittlung immer stärker dem weltweiten Wettbewerb unterworfen. Immer mehr Menschen nutzen immer schneller die neuen Möglichkeiten, sich zu informieren, sich ein Urteil zu bilden, mitzureden und Entscheidungen zu treffen. Dieser Dynamik kann sich niemand entziehen. Das verstärkt die „Ökonomisierung des Wissens.“

5. Auch und vor allem das Bildungs- und Wissenschaftssystem muss den neuen Anforderungen gerecht werden. Siebzig Persönlichkeiten aus Industrie und Wissenschaft haben bereits 1998 im BDI-Perspektivkonzept "Für ein attraktives Deutschland" dazu folgendes Zukunftsbild entworfen:

"Die weltoffene und produktive Informationsgesellschaft wird eine innovative Wissensgesellschaft sein, die Bildung in weitaus höherem Maße als bisher nachfragegerecht ausrichtet, die Medienkompetenz zu einem Dreh- und Angelpunkt macht, die verkürzte Erstausbildungszeiten mit lebenslanger Weiterbildung kombiniert, exzellenter Forschung und Entwicklung eine hohe Priorität einräumt, ein innovationsfreundliches und zukunftsorientiertes Klima schafft und die rasch marktfähige innovative Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringt."

Lassen Sie mich ein paar Konsequenzen daraus in weiteren Thesen festhalten:

Bisher sind lange Schulbildung und gründliche, umfassende Erstausbildung die dominierenden Organisationsprinzipien unserer Bildungsprozesse. Dabei definiert die Kultusbürokratie, was der Mensch für den Rest seines zivilen und beruflichen Lebens an Bildung braucht. Die daraus abgeleitete Maxime "Für das Leben lernen wir" passt aber nicht mehr zu einer sich mit "Internet-Speed" verändernden Lebens- und Arbeitswelt. Das politisch regierte und bürokratisch verwaltete Bildungssystem ist nicht in der Lage, seine Inhalte, Kapazitäten und Qualitäten schnell genug den veränderten modernen Anforderungen anzupassen. Die Folgen der Fehlsteuerung sind heute klar sichtbar.

Während die boomende Informationsbranche händeringend weltweit nach Fachkräften sucht, sind bei der Bundesanstalt für Arbeit immer noch fast vier Millionen Arbeitslose gemeldet. Zur selben Zeit, in der wir per "Green Card" ausländische IT-Experten ins Land zu holen versuchen, lassen mache Hochschulen Informatikstudenten vor der Tür, weil das ihnen zugewiesene Budget keine Ausweitung der Studienplätze zulässt. Die deutsche Hochschulausbildung ist international wenig attraktiv. Im Fach Mathematik hinken deutsche Schüler ihren asiatischen Altersgenossen hinterher – vor allem Hauptschüler landen weit abgeschlagen auf den hinteren Rängen. Für die Vermittlung von Medienkompetenz fehlen

immer noch Hardware, Software und Know-how. Wichtige Lebensfelder wie Wirtschaft, Technik und Beruf kommen zu kurz.

Die weltumspannende Vernetzung von Wissen und Produktion, ermöglicht durch die moderne Informations- und Kommunikationstechnik, stellt rasch neues Wissen bereit und lässt anderes veralten. Wer unter diesen Bedingungen mithalten will, muss rasch und kreativ auf Nachfrageänderungen reagieren können. Statt staatlicher Planung muss die Nachfrage regieren. Nachfrage hat aber nur Einfluss, wenn sie den Zufluss an Finanzmitteln bestimmt. Studiengebühren und erfolgsorientierte öffentliche Finanzzuweisungen sind nötig, auch in Abhängigkeit von selbst erzielten Einnahmen. Die freie Wahl von Bildungseinrichtungen muss selbstverständlich werden, Eingangsprüfungen ebenfalls, mit deren Hilfe Wissensunternehmen ihre Profile sichern. Hochschuleingangsprüfungen werden im Übrigen auch Rückwirkungen in die Schulen, auf die Qualität des Abiturs haben. Die dezentrale Steuerung von Angebot und Nachfrage macht die zentrale Vergabe von Studienplätzen überflüssig.

Meine fünfte These lautet daher: Die innovative Wissensgesellschaft braucht ein dezentral gesteuertes Bildungssystem, das flexibel und schnell auf die Qualifikationsnachfrage reagieren kann.

6. In der Wissensgesellschaft entscheiden gut gewählte Investitionen in Aus- und Weiterbildung über das künftige Einkommen. Deshalb muss die Amortisation von Bildungsinvestitionen stärker zu einem Anliegen dessen werden, der den Nutzen daraus zieht. Das ist meine sechste These. Auch die soziale Gerechtigkeit gebietet das. In der Weiterbildung ist dies weitgehend selbstverständlich. Auch in der akademischen Erstausbildung muss dieses Prinzip stärker zur Geltung kommen. Kostenbeiträge der Studenten, kombiniert mit Darlehens- und Stipendienmodellen, müssen zur regulären Finanzierungsquelle der Hochschulen werden. Dabei sollte den Hochschulen so viel Handlungsfreiheit wie möglich in der Differenzierung nach Fächern eingeräumt werden.

Die Einnahmen aus Studiengebühren müssen die Höhe der öffentlichen Zuschüsse für die einzelne Hochschule maßgeblich mitbestimmen. An den so durch die einzelne Hochschule gestaltbaren Einnahmen muss die autonome Kapazitätsplanung und Investitionsstrategie der Hochschule anknüpfen. Die Hochschulen müssen in der Wissensgesellschaft zu Wissensunternehmen werden.

Was die Menschen für maßgeschneiderte Bildungsangebote selbst bezahlen, muss der Staat ihnen bei der Steuer zurückgeben. Eine steuerliche Förderung von Bildungsinvestitionen des Einzelnen wie der Unternehmen ist deshalb dringend erforderlich. Durch die Förderung von Ansparmodellen sollte in der Wissensgesellschaft die private Finanzierung genau so selbstverständlich werden wie im Wohnungsbau.

Ein an Kundenwünschen orientierter leistungssteigernder Wettbewerb von Schulen und Hochschulen mit autonomer Kapazitäts- und Profilplanung ist nicht mit dem an Staatsloyalität und Alimentation orientierten deutschen Beamtenrecht realisierbar. Lehrer an Schulen und Hochschulen müssen in Abhängigkeit von der Nachfrage nach Bildungsleistungen beschäftigt und nach Knappheit und Leistung differenziert bezahlt werden können. Darum muss der Beamtenstatus für Lehrer und Hochschullehrer abgeschafft werden.

7. In den neuen, der Wissensgesellschaft adäquaten Regelkreisen der Ausbildungsmärkte werden auch die Unternehmen eine neue Rolle zu spielen haben. Im Zeichen des drohenden Fachkräftemangels und der Notwendigkeit eines umfassenden Wissensmanagements werden sie sich die Humanressourcen und Ausbildungskapazitäten über vertragliche Vereinbarungen mit Studenten und Hochschulen sichern müssen – einzeln oder über ihre Verbände.
8. Schließlich muss auch die Wissensgenerierung sorgfältiger bewirtschaftet werden. Die Volkswirtschaften, die viele Ressourcen für Forschung und Entwicklung einsetzen, sollten auch den Primärnutzen

haben. Die Patentierbarkeit neuen Wissens, z. B. über die Funktionalität bestimmter Gene, bezieht daraus ihre Ratio – auch unter dem Vorzeichen, dass die Generierung neuen Wissens immer kostspieliger wird.

9. Bei gelebter Globalisierung muss es in diesen Prozessen eines sorgsameren Umgangs mit der Resource Wissen keineswegs zu einem weltweiten digital divide kommen. Das Individuum mit einem hohen Humankapitalpotential kann aus jeder Weltgegend stammen und die IuK-Techniken erleichtern es, dieses Kapital von jeder Weltgegend aus zum Einsatz zu bringen.

10. Der Trend zur globalisierten Wissensgesellschaft hat weitreichende Auswirkungen auf die nationalen und internationalen Rechts- und Handelsbeziehungen, wie sie im Fragenkatalog der Enquête-Kommission im Detail angesprochen sind. Darauf will ich gerne in der weiteren Fragerunde eingehen. Lassen Sie mich nur eingangs darauf hinweisen, dass es zur globalisierten Wissensgesellschaft keine Alternative gibt. Wichtig ist, dass alle ungehindert daran teilhaben können. Deshalb müssen wir bei allen berechtigten Schutz- und Sicherheitsinteressen streng darauf achten, dass der freie Fluss von Informationen und Wissen nicht behindert und dass das Vertrauen der Verbraucher in die Anwendung neuer Technologien und die Nutzung neuer Medien gestärkt wird. International verlässliche Regeln und Vereinbarungen, wie z.B. das TRIPS-Abkommen, sind geeignet, zum internationalen Wissenstransfer beizutragen, ausländische Direktinvestitionen zu unterstützen und den grenzüberschreitenden Handel zu fördern.